Gerald Hinz
Rede zum Doppelhaushalt 2023/2024 am 15.12.2022

- es gilt das gesprochene Wort -

Anrede

2022 ist ein Rekordjahr. Die Artemis-Sonde war so weit hinterm Mond, wie noch kein Raumschiff vor ihr. Die Sommertemperaturen bescheren uns einen Rekord nach dem andern. Die Inflation erreicht Rekordhöhen. Die Energiepreise steigen auf ein bisher unvorstellbares Niveau. Und der uns vom Bürgermeister in diesem Jahr vorgelegte Doppelhaushalt prognostiziert ein Rekorddefizit.

Im Jahr 2023 soll es 13,5 Mio. EUR betragen und 2024 sogar 22,5 Mio. EUR.

Obwohl wir Rekordeinnahmen haben. Bei den Gewerbesteuern gibt es in den vergangenen Jahren eine Rekordmeldung nach der anderen. Trotz Corona, trotz Ukrainekrieg.

Wie kommt es zu dem Ungleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben?

Dass die Verschuldung massiv ansteigen und ebenfalls nie dagewesene Höhen erreichen wird, ist durch die Beschlüsse der vergangenen Jahre begründet. Allerdings sind dafür Investitionen in Pflichtaufgaben getätigt worden.

Die Gründe für den Anstieg des Defizits liegen in der Ausgabeseite. Die Kosten für den Betrieb der Stadt wachsen uns über den Kopf.

Seitdem ich im Rat bin klagen wir, dass die Konnexität nicht gegeben ist. Für Aufgaben, die uns von Bund und Land übertragen wurden, bekommen wir nicht die finanziellen Mittel, die ihre Umsetzung kostet.

Sichtbar wird das in den Schlüsselzuweisungen und den Mitteln für die Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises.

Erstere sind seit 2020 von 12,3 Mio. EUR auf 12,9 Mio. EUR in 2022 gestiegen. In 2023 erwarten wir 13,5 Mio. EUR. Das sind ca. 10% mehr.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen steigen im gleichen Zeitraum von 13,50 Mio. EUR auf ursprünglich im Haushalt veranschlagte 19,5 Mio. EUR. Das sind nahezu 50% mehr. In 4 Jahren.

Verwaltungshandeln wird immer aufwendiger. Ausschreibungen werden komplizierter, Gutachten werden mehr. Artenschutz- und Umweltbericht, Avifaunische-, Lärm-, Fledermaus-, Geruchsgutachten, Verkehrsuntersuchungen inkl. Querungsvorgänge, Klima-Checkliste, Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange. Die Aufzählung könnte noch eine Weile weitergehen.

Dies alles ist wichtig. Auch um fundierte Entscheidungen zu treffen. Dafür benötigt man aber Menschen, die diese Unterlagen erarbeiten, die Inhalte verstehen, Stellungnahmen schreiben, Dienstleister beauftragen und kontrollieren, daraus Vorlagen erstellen und in endlosen Sitzungen die Inhalte vertreten.

Und dieses sind nur Beispiele aus dem Baubereich.

Ein weiterer Aspekt ist die Kinderbetreuung. Sie kostet uns 16 Mio. EUR p.a. und erfüllt immer noch nicht den Bedarf der Eltern. Der Anteil an den gesamten Personalkosten für Jugendhilfe und Kinderbetreuung beträgt knapp 40%.

Es kann nicht sein, dass in Berlin und Hannover überlegt wird, wie das Leben der Bürgerinnen und Bürger verbessert werden kann und die Kommunen bezahlen den Spaß.

Anrede

Die mit den Aufgaben befassten Mitarbeiter:innen der Verwaltung müssen für ihre Tätigkeit bezahlt werden.

Seit Bürgermeister Pollehn die Stadt führt, seit 2020, sind die Personalkosten von 26,5 Mio. EUR auf 32 Mio. EUR in 2023 und auf 33 Mio. EUR in 2024 gestiegen, bzw. werden sie steigen.

Die Deckelung des Personalbestandes, die der Bürgermeister im Jahr 2020 verkündet, hat sich als Makulatur erwiesen.

Die Personalkosten binden viel Geld, das uns bei der Finanzierung von Investitionen fehlt. Wenn wir nur 70 TEUR p.a. für eine Stelle annehmen, entspricht das den Zinsen für ein Kommunaldarlehn von 3,1 Mio. EUR.

Wir stellen fest, dass die Einnahmen mit den Ausgaben nicht Schritt halten.

Weiter belasten die Investitionskredite das Ergebnis. Mit Zinsen und Abschreibungen. Die Abschreibungen werden in den nächsten zwei Jahren um 50% ansteigen. Leider sind die Zeiten der extremen Niedrigzinsen vorbei. Die Zinszahlungen werden sich vervierfachen und sind für 2024 mit ca. 3,1 Mio. EUR eingeplant.

Die Verwaltung hat, soweit es möglich war, in den vergangenen Jahren die niedrigen Zinsen genutzt und sie sich durch langfristige Zinsbindung gesichert.

Was uns mehr Sorgen macht, ist die Prognose bei den Kassenkrediten. Kassenkredite dienen dazu die Liquidität sicherzustellen, damit die Rechnungen für Betriebskosten, Gehältern und Kredittilgungen bezahlt werden können. In den vergangenen Jahren gab es immer Szenarien, die uns eine Welle von Kassenkrediten vorausgesagt hat. Glücklicherweise waren sie nur zu unterjähriger Liquiditätssicherung notwendig.

Wenn die Prognose entsprechend des Entwurfs der Haushaltsatzung eintritt, bedeutet es, dass wir letzter Konsequenz kurzfristige Kredite benötigen um die Tilgung der langfristigen Kredite bedienen zu können. Diese Entwicklung ist extrem Besorgnis erregend.

Anrede

Ich kritisiere in diesem Jahr zu ersten Mal unsere Arbeit im A-HFV.

Was mich überrascht hat, dass angesichts dieser Situation erst in der letzten Finanzausschuss-Sitzung ernsthaft diskutiert wurde. Man kann meine Hinweise als

moralisierend bezeichnen, Herr Vehling. Wenn wir aber die konkreten Vorschläge der anderen Fraktionen erst in letzter Sekunde erhalten, dann wird eben schnell entschieden, statt ausführlich diskutiert.

Wir erwarten von der Verwaltung effizientes Handeln. Das gilt auch für uns.

Wir haben mehr als acht Wochen Zeit gehabt, Vorschläge in die Diskussion einzubringen. In der vergangenen Woche haben wir zum ersten Mal von den Überlegungen der CDU gehört.

Die FDP hat in einem Papier mit der Überschrift „Vorschläge zum Erhalt der kommunalen Selbstverwaltung“ verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen. Allerdings wurde nur im Konjunktiv gesprochen. Eine Umsetzung in konkretes Handeln, dh. in Anträge, haben wir nicht erlebt.

Positiv zu vermerken ist, dass wir uns dann zum Schluss zusammengerauft und ein sehr breit getragenes Ergebnis erarbeitet haben.

Anrede

Wie ist der Haushalt insgesamt zu bewerten?

Dieser Haushalt ist aus unserer Sicht, so wie er vorgelegt wurde, nicht vollständig.

Der Rat hat Ihnen, Herr Bürgermeister, Aufträge erteilt, deren Umsetzung aus unserer Sicht nicht in dem von Ihnen vorgelegten Haushalt verankert sind. Auf drei wichtige Beschlüsse möchte ich eingehen:

1. Optimierung der Wirtschaftsförderung u.a. durch Gründung einer Burgdorf GmbH
2. Durchführung eines Verkehrsversuchs in der Marktstrasse
3. Umsetzung des Beschlusses „Klimaschutz als kommunale Aufgabe“

Diese Beschlüsse sind alle mit Zustimmung von SPD, Grünen, CDU und FDP gefasst worden.

Wir sehen keinerlei nennenswerte Bemühungen von Ihnen, Herr Bürgermeister, diese Beschlüsse umzusetzen.

Wenn wir danach fragen, heißt die Antwort „mehr Personal“ oder es werden Ergebnisse angekündigt, die dann nicht vorgestellt werden.

Wenn Stellen notwendig sind, dann sind Sie verantwortlich diese mit der notwendigen Begründung im Rahmen des Stellenplans einzubringen. Dies gehört in den Stellenplan und nicht in die Antwort auf Anfragen, wie beim Klimaschutz geschehen.

Wenn wir eine schlagkräftige Burgdorf GmbH haben wollen, benötigen wir ein Geschäftsmodell und dafür muss sicherlich auch Kapital bereitgestellt werden. Wo ist dies im Haushalt abgebildet? Wir alle, inklusive Ihrer Personen, erwarten von der Burgdorf GmbH wichtige Weichenstellungen für diese Stadt bis hin zu Beiträgen zur Haushaltskonsolidierung. Dass die Verzögerung daran liegt, dass die Nachfolgerin von Herr Scholz erst im November ihren Dienst antrat, ist eine Ausrede.

Für den Verkehrsversuch haben sie erst nach erheblichen Drängen die Bemessung des Personalaufwands geliefert. Die Begründung, die dann kam, bestätigt unsere Annahme, dass die Aufgaben keine ganze, dauerhaft einzurichtende Stelle, rechtfertigt.

Im A-WALV am 8.12.2022 wurden wir erstmals mit der personellen Situation in der Tiefbauabteilung konfrontiert. Zwei unbesetzte Stellen reißen natürlich eine große Lücke. Das Problem sollte Ihnen aber schon länger bekannt sein. Auch die Projekte sind nicht neu. Wir folgen nun der eindringlichen Argumentation aus der Tiefbauabteilung. Haben aber gleichzeitig gesagt, dort ist vordringlich nach Effizienzen zu suchen, damit in drei Jahren eine Stelle entfallen kann, wenn der oder die derzeitige Stelleninhaberin in Ruhe stand geht.

Der Beschluss zum Klimaschutz ist im Juni 2021 getroffen worden. Sie haben bisher keine Vorstellung entwickelt, wie dies systematisch umgesetzt werden kann.

Sie fordern vielmehr, dass wir zwei Stellen bereitstellen sollen. Wofür genau wissen Sie offensichtlich nicht. Wir haben eine Stelle für das Klimaschutzprojektmanagement und eine für das Energiemanagement zusätzlich in den Stellenplan aufgenommen. Unsere Freunde von den Grünen haben zu der letztgenannten Stelle auch noch den Fördertopf ermittelt, der 90% der Personalkosten für drei Jahre finanziert.

Sie machen schöne Videos anläßlich Ihrer Sommertour zum Thema „Klimaschutz und Nachhaltigkeit“. Bisher haben 520 Menschen das Video aufgerufen. Man kann leider nicht erkennen, wer es tatsächlich bis zum Ende gesehen hat.

Sicherlich gehört Öffentlichkeitsarbeit zu den Aufgaben eines Bürgermeisters. Aber Sie sind auch Hauptverwaltungsbeamter und müssen eine Verwaltung mit mehr als 560 Mitarbeiter:innen führen. Wir fordern sie auf, dies an die erste Stelle zu setzen.

Wir erwarten, dass sie ein effektives Projektmanagement über alle Projekte einführen, damit wir einen Überblick über die Aufgaben bekommen und strategisch steuern können. Angekündigt ist dies seit geraumer Zeit. Umgesetzt bisher nicht.

Anrede

Wie ich schon ausführte, gibt es im wesentlichen drei Ursachen für die prekäre Haushaltslage.

- Die Kosten für Sach- und Dienstleistungen explodieren.
- Die Personalkosten steigen immens
- Die hohen Investitionen belasten die Ergebnisrechnung durch die damit verbundenen Abschreibungen

Im Bereich der Sach- und Dienstleistungen haben wir gefordert, dass sie um 10% gekürzt werden. Wir haben dies auf Grund der Erfahrung gemacht, dass in den vergangenen Jahresabschlüssen die Verbesserungen im Ergebnis zu einem guten Teil aus nicht ausgeschöpftem Budget aus diesen Haushaltspositionen stammen. D.h. die Verwaltung war nicht in der Lage alles umzusetzen, was man sich auf die Forke genommen hat.

Wir unterstützen die beantragten Stellen, ergänzt um die vorgenannten Stellen für den Klimaschutz und Tiefbau. Wir haben die Argumente aus dem Feuerwehrausschuss akzeptiert und stellen eine ganze Stelle für einen hauptamtlichen Gerätewart zur

Verfügung. Allerdings mit der Maßgabe, dass die Verwaltung zunächst, wie ursprünglich vorgesehen, versucht, eine halbe Stelle zu besetzen. Wenn dies nicht gelingt, soll der Verwaltungsauschuss darüber befinden, ob die ganze Stelle besetzt werden kann.

Weiterhin stellen wir zusätzlich eine viertel Stelle im Bereich Jugendpflege – Sozialarbeit bereit. Eine Folge der Corona-Pandemie ist die Tatsache, dass immer mehr Kinder nicht regelmäßig am Schulunterricht teilnehmen.

Gleichzeitig fordern wir als Konsolidierungsmaßnahme, dass die Verwaltung ernsthafte Bemühungen einleiten muss um den Stellenzuwachs zu stoppen und eine Stellenreduzierung anzustreben. Dieses kann durch Priorisierung, Digitalisierung und Aufgabenkritik erfolgen. Wir haben von der Verwaltung ein ehrgeiziges Ziel gefordert.

Die CDU und die WGS hatten am vergangenen Montag ebenfalls deutliche Reduzierungen bei den Personalkosten gefordert. 2,5 Mio. EUR und mehr standen im Raum bzw. bzw. 50 Stellen, die eingespart werden sollen wurden gefordert.

Ich habe mal gelernt, dass man Ziele setzen muss. Sie müssen aber erreichbar sein.

Sie, Herr Bürgermeister, haben daraufhin angekündigt, dass Sie durch die genannten Maßnahmen die für 2024 zu erwartenden Tarifsteigerungen auffangen wollen. Das ist zugegebener Maßen aus unserer Sicht ein ehrgeiziges Ziel. Das bedeutet, dass ca. 1 Mio. EUR eingespart werden müssen. Pro Jahr.

Uns ist dabei wichtig, dass die Einsparungen auf fundierten Untersuchungen basieren. Nehmen Sie die Mitarbeiter:innen bei den Projekten mit. Binden Sie den Personalrat ein. Es geht um Effizienz und Effektivität, nicht um Headcount. Potenzial gibt es genug. Heben Sie es.

Wir, dass heißt in diesem Fall der nahezu ganze Rat, nimmt Sie beim Wort.

Die Mängel, die wir im Haushalt sehen, habe ich dargestellt.

Was wir aber politisch feststellen müssen ist, dass die CDU ihren Bürgermeister nicht stützt. Ihm nicht einmal in den Ausschusssitzungen zu erkennen gibt, dass sie mit seinem Haushalt nicht einverstanden ist. Dass sie ihm nicht hilft sein mehrstufiges Finanzkonzept umzusetzen. Dass sie ihm nicht nur ein schlechtes Zeugnis ausstellt, nicht nur die Versetzung als gefährdet ansieht, sondern mit ihren Forderungen sagt: „Das Klassenziel ist nicht erreicht“.

Das haben wir bisher noch nicht erlebt. Es gibt offensichtlich keine Kommunikation zwischen der CDU ihrem Bürgermeister.

Eine Reihe unserer Fraktionsmitglieder haben dafür plädiert, ein Zeichen zu setzen und durch Enthaltung deutlich zu machen, dass wir den vorgelegten Haushalt für mangelhaft halten.

Wir sehen die nunmehr mit breiter Mehrheit eingebrachten Änderungen als Weg in die richtige Richtung und wir brauchen eine handlungsfähige Verwaltung. Deshalb werden wir unter Zurückstellung vieler Bedenken dem Haushalt zustimmen.

Anrede

Hinter der Aufstellung dieses Haushalts steht sehr viel Arbeit innerhalb der Verwaltung. Seit April diesen Jahres wird daran gefeilt. Die Reduzierung der aus Sicht der Abteilungen notwendigen Anforderungen kostet viel Diskussionszeit und Überzeugungskraft. Spaß macht das nicht. Demjenigen nicht, der fordert und demjenigen nicht, der liefern muss.

Ich danke im Namen der Fraktion und der Gruppe für die Unterstützung bei Silke Vierke und ihren Mitarbeiter:innen für die Erarbeitung der Haushaltsunterlagen. Aber auch bei allen weiteren Verwaltungsmitarbeiter:innen, die die Zahlen zusammengetragen, unsere Fragen beantwortet haben und bestrebt waren, uns mit den Grundlagen für fundierte Entscheidungen zu versorgen.

Meine Damen und Herren, es gibt Rekorde, die braucht man nicht. Leider müssen wir auch diesen Negativrekord aushalten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.